

Generalversammlung in Genf vom 25. und 26. September 1948

Objekttyp: **AssociationNews**

Zeitschrift: **Wohnen**

Band (Jahr): **23 (1948)**

Heft 10

PDF erstellt am: **16.08.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

alle Gewerkschaften eine eigentliche Vereinbarung unterzeichnen werden. Die Sektion Zürich mit ihrem rührigen Leiter A. Dietrich hat dann am Vormittag des 1. Mai 1948 einen Entwurf diskutiert und einstimmig gutgeheißen, welcher nun doch Aussicht auf Annahme bei den Gewerkschaften haben soll. Er wurde zusammen mit unserem Mitteilungsblatt Nr. 2 allen unseren Mitgliedern als Diskussionsbasis übermittelt und soll an unserer nächsten Generalversammlung besprochen werden.

Über die Möglichkeit einer *einheitlichen Rechnungsrevision* wurde gemäß Beschluß der letzten Generalversammlung ein Fragebogen ausgearbeitet. Die Umfrage, welche Ende Januar durchgeführt wurde, ergab insofern einen gewissen Achtungserfolg, als ohne Monierung mehr als die Hälfte unserer Mitgliedgenossenschaften unsere Fragen beantwortet hat. Ein volles Dutzend dieser Genossenschaften ist auch bereit, uns die Revisionsberichte ihrer Treuhandstellen zukommen zu lassen. Weniger gewillt ist man, eine vom VSB zu bestimmende Treuhandstelle von nun an mit der Revision zu beauftragen; mit dem sind nur sechs Genossenschaften einverstanden.

Gemäß der Berichterstattung an der letzten Generalversammlung hat der Vorstand ein Zirkular an die Mitgenossenschaften zur weiteren *Beitragsaufmunterung* an den Solidaritätsfonds genehmigt. Diesem Zirkular wurde eine Statistik beigelegt, welche jedem Mitglied in diskreter Art seine bisherigen Leistungen oder aber auch Nichtleistungen darstellte. Der Erfolg dieser Aufforderung war, wie voraussehbar, trotzdem kein sehr großer. Nun ist aber die Sektion Bern auf den Gedanken zurückgekommen, die Beiträge an den Fonds obligatorisch zu erklären. Dieser Antrag zuhanden der kommenden Generalversammlung wurde dem Mitteilungsblatt Nr. 2 beigelegt, damit er in den Sektionen rechtzeitig diskutiert werden kann. Der Zentralvorstand ist überzeugt, daß er den richtigen Weg weist und empfiehlt ihn zur Annahme. Auf die Praxis des Fonds wird noch zurückgekommen.

Unsere *Sektionen* sind noch zu junge Gebilde, als daß wir von ihnen bereits eine geordnete Berichterstattung erwarten dürften. Es wird aber immer deutlicher, daß sie für unsern Verband von entscheidender Wichtigkeit sind. Wenn wir einst organisatorisch da und dort Lücken zu schließen gedenken, wenn wir jetzt schon von einer strafferen Organisation reden, dann ist sie nur über die Sektionen denkbar. Unser Land mit seiner Vielgestalt an Wirtschaftslandschaften bedingt eben ein föderalistisches Eingehen auf die Struktur jeder Gegend, und das kann von einem

zentralen Verband allein nicht genügend beachtet werden.

Im Berichtsjahre ist vor allem eine wichtige Sektionsleistung zu registrieren, wie wir das bereits unter dem Vorstandsbericht getan haben: der *Entwurf einer Vereinbarung für den Arbeitsfrieden*. Gerade dieses Problem zeigt uns ja mit aller Deutlichkeit, wie nun lokal die Grundlagen, wenn sie einmal geschaffen sind, auch beobachtet werden können. Die Sektionen werden Ausführungsorgane für unsere grundlegenden Beschlüsse sein müssen, oder wir werden diese Beschlüsse nicht durchzubringen verstehen.

Unsere Mitgliedgenossenschaften haben, wie wir aus ihren Berichten ersehen, allgemein ein gutes Jahr 1947 hinter sich. Viele sind froh, daß nun die sehr strenge Zeit der maximalen Anspannung, welche da und dort auch mit maximalen Risiken verbunden war, einer ruhigeren Zeit weicht. Bereits spürt man da und dort eine Besserung in der Materialbelieferung und auch in der Möglichkeit, Arbeiter einzustellen.

Bei dem Nachlassen der Konjunktur muß nun aber einmal mit aller Deutlichkeit auf die Struktur unserer Kundschaft im allgemeinen hingewiesen werden. Es zeigt sich nämlich darin eine gewisse Stagnation. Hauptkundschaft ist und bleibt das gewiß stark angewachsene Gros der Baugenossenschaften unseres Landes. Wenn nun aber, wie das bereits erfolgt ist, sich eine zunehmende Müdigkeit der Stimmbürger für die Bewilligung von Wohnungssubventionen anzeigt, dann wird diese Gruppe der Kundschaft für einmal ausfallen. Wie schwer wird es aber sein, sich plötzlich nach einer neuen Kundschaft umzusehen. Uns ist ein Fall bekannt, wo eine Produktivgenossenschaft in der Hauptsache für eine einzige Konsumgenossenschaft beschäftigt ist. Was geschieht hier einmal, wenn letztere alle ihre Läden renoviert hat? Es ist daher nur zu begreiflich, wenn der Zentralvorstand mit einiger Besorgnis von dieser Stagnation Kenntnis nimmt. Er kann dagegen wenig tun. An Aufklärung allerdings soll es nicht fehlen. Das ist der Grund, warum wir unsere Statistik um die Tabelle der hauptsächlichsten Arbeitgeber ergänzt haben.

Über den *Solidaritätsfonds* liegt die Rechnung für das Jahr 1947 vor. Es ist daran anzuknüpfen, daß in einem Fall ein Faustpfanddarlehen gewährt werden konnte, und zwar mit Rückzahlungsbedingungen, die auf dem üblichen Wege nicht erreichbar gewesen wären und die der betreffenden Genossenschaft bestimmt eine angenehme Erleichterung bedeuten. Die Bedingungen wurden von dieser bisher prompt eingehalten.

Generalversammlung in Genf vom 25. und 26. September 1948

Der Verband Sozialer Baubetriebe war sicherlich gut beraten, als er Genf zum Tagungsort wählte. Unsere Westschweizer verstehen es ja besonders gut, solche Veranstaltungen durchzuführen. Wir möchten

zum vornherein all den vielen Helfern und besonders der Sektion Romande herzlich danken für die vielen schönen Stunden, welche die 105 Delegierten in der Calvin-Stadt verbrachten. Allein zu wissen, daß man

in Genf ist, nahm manchem Teilnehmer zum Vorneherein seine zu Hause noch gehabte aggressive Einstellung. Es liegt im Charakter der Stadt Genf, daß sie eine unbeschwertere Stimmung schafft.

Der beschriftete Saal mit seinen beiden *Slogans*: «Economie capitaliste = Travail au service du capital», «Economie coopérative = Capital au service du travail» und die mit Blumen geschmückten Tische gaben eine frohe Note in den sonst so nüchternen Saal. Den Genfer Genossen sei für diese Aufmerksamkeit herzlich gedankt.

Präsident A. Vogt, Zürich, begrüßte die Delegierten in seiner schlichten Art und Weise und verstand es auch meisterhaft, die Debatten zu leiten. Von der reichlichen Traktandenliste möchte ich ganz besonders das Referat von Nationalrat Dr. Max Weber über «Die Lage der Bauwirtschaft und deren Folgen für unsere Produktivgenossenschaften» erwähnen. Man darf füglich behaupten, daß noch selten ein Thema mit solch sachlicher, meisterhafter Gründlichkeit behandelt worden ist. Es ist erfreulich, daß der VSP es verstand, sich einen Referenten mit solch großen Fach- und Sachkenntnissen zu sichern. Die welschen Genossenschaftler nannten dieses Referat «un bijou».

Eine besonders lebhaft diskutierte sich zum Thema *Solidaritätsfonds*, einem Vorschlag der Sektion Zürich. Es ist sehr zu begrüßen, daß die Produktivgenossenschaften diese Politik des Herzens sich zu eigen machen.

Ein weiteres Thema der Generalversammlung war die Entschliebung zur Frage der *Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaften und Arbeiterproduktivgenossenschaften*. Es wird sicherlich unsere Baugenossenschaften interessieren, um was es hier geht, und wir geben hiermit den ganzen Text dieser *Resolution*:

Ausgehend von der Tatsache, daß die Gewerkschaften und die Arbeiterproduktivgenossenschaften zwei Organismen darstellen, die bestrebt sind, eine Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse der Arbeiter herbeizuführen und deren Ausbeutung vom Menschen durch den Menschen einzudämmen oder wenn möglich ganz abzuschaffen, beschließt die Sektion Zürich des Verbandes Sozialer Baubetriebe, alles zu tun, um die gegenseitigen Interessen zu schützen, zu wahren und zu fördern.

Das geschieht insbesondere:

- a) durch Zuweisung von bestausgewiesenen, mit dem Beruf vertrauten Arbeitskräften an die Produktivgenossenschaften;
- b) durch weitgehende Unterstützung der Forderungen der Gewerkschaften durch die Genossenschaftler;
- c) durch enge Zusammenarbeit, insbesondere aber bei eventuell eintretenden Konflikten;
- d) durch gründliche Abklärung, ob und wann und unter welchen Voraussetzungen die Produktivgenossenschaften mitkämpfen sollen.

Die eingangs erwähnten Organisationen erklären sich mit den angeführten Richtlinien einverstanden. Sie erachten eine Zusammenarbeit im erwähnten Rahmen als notwendig und glauben, daß nur auf einer solchen Basis eine weit um sich greifende, unseren Zielen und Idealen dienende Gesamtbewegung auf- und ausgebaut werden kann.

Kollege Berger verstand es meisterhaft, den Delegierten diese Angelegenheit so leicht als möglich zu machen, und seine wirklich überzeugenden Ausführungen führten dann zu dem erfreulichen Resultat, daß die Resolution mit 31 Ja gegen 1 Nein angenommen wurde. Der Abend vereinigte die Delegierten zu einem *gemeinsamen Nachtessen*, wo man ungezwungen zusammensitzen konnte, um weiter zu diskutieren, alte Freundschaften zu erneuern und neue zu schließen. Besonders wohltuend war es, daß man das Nachtessen nicht mit dem Abhören von Reden verdienen mußte.

Der Abend wurde freigegeben, und man verzog sich einzeln oder in Gruppen. Böse Zungen behaupteten, daß es einzelnen gerade noch gelungen sei, zum Frühstück in ihr Hotel zu kommen.

Der Sonntag vereinigte die ganze Genossenschafterschar zu einem *Ausflug* auf den «Salève» und zu einem gemeinsamen Mittagessen. Dort gab es eine gehobene Stimmung, und wir Deutschschweizer begannen uns der sonstigen Schwerfälligkeit zu entledigen.

Welcher Jahrgang daran schuld ist, weiß ich nicht. Alles in allem kann man von einer erfreulichen Tagung berichten, und wir wünschen dem Verband Sozialer Baubetriebe alles Gute bis zu seiner nächsten Generalversammlung.
H. B.

GAS UND ELEKTRISCH

Im Haushalt mehr Gas verwenden

Das hat einer gesagt, der sich in der Landesversorgung mit Kraft und Wärme auskennt, der Vorstand der industriellen Betriebe der Stadt Zürich, Stadtrat J. Baumann. Die Förderung des Gasabsatzes ist nämlich nicht nur nötig, weil die

Elektrizitätswerke noch auf Jahre hinaus nicht in der Lage sein dürften, namentlich im Winter genügend Strom zu liefern. Daneben ist die Finanzlage der Gaswerke, die zumeist *kommunale Unternehmen* sind, seit dem Kriege ziemlich ge-